

Polizeiverordnung

der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. als Ortspolizeibehörde
zugleich als erfüllende Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft
Oelsnitz/Vogtl., Bösenbrunn, Eichigt und Triebel/Vogtl.
vom 28.11.2012

Aufgrund von § 9 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 1 und § 17 Abs. 1 des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen (SächsPolG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1999 (SächsGVBl. S. 466), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) hat der Stadtrat der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. am 19.09.2012 und der Gemeinschaftsausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Oelsnitz/Vogtl., Bösenbrunn, Eichigt und Triebel/Vogtl., 20.11.2012 am folgende Polizeiverordnung erlassen:

Inhalt

Abschnitt 1 – Allgemeine Regelungen

§ 1 Geltungsbereich

§ 2 Begriffsbestimmungen

Abschnitt 2 – Umweltschädliches Verhalten

§ 3 Abspritzen und Waschen von Fahrzeugen

§ 4 Benutzung öffentlicher Brunnen

§ 5 Tierhaltung

§ 6 Verunreinigung durch Tiere

§ 7 Taubenfütterungsverbot

Abschnitt 3 – Öffentliche Beeinträchtigung

§ 8 Aggressives Betteln, andere öffentliche Beeinträchtigungen

§ 9 Abbrennen offener Feuer

§ 10 Unerlaubtes Plakatieren, Beschriften, Bemalen

§ 11 Ablagerung von Schüttgut und Schutz der Tageswassereinflüsse

§ 12 Benutzung von Wertstoffcontainern und sonstigen Abfallbehältern, Verbot von Verunreinigungen

Abschnitt 4 – Schutz gegen Lärmbelästigung

§ 13 Schutz der Nachtruhe

§ 14 Benutzung von Rundfunkgeräten, Lautsprechern, Musikinstrumenten u. Ä.

§ 15 Lärm aus Veranstaltungsstätten

§ 16 Lärm von Sport- und Spielplätzen

§ 17 Lärm durch häusliche Arbeiten

§ 18 Böllern und Salutschießen mit Vorderladerwaffen

Abschnitt 5 – Schutz der Grün- und Erholungsanlagen

§ 19 Ordnungsvorschriften

Abschnitt 6 – Anbringen von Hausnummern

§ 20 Hausnummern

Abschnitt 7 - Schlussbestimmungen

§ 21 Zulassung von Ausnahmen

§ 22 Ordnungswidrigkeiten

§ 23 Inkrafttreten

Abschnitt 1 Allgemeine Regelungen

§ 1 Geltungsbereich

Diese Polizeiverordnung gilt im gesamten Gebiet der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. und der Gemeinden Bösenbrunn, Eichigt und Triebel/Vogtl.

§ 2 Begriffsbestimmung

- (1) Öffentliche Straßen sind diejenigen Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind oder auf denen ein tatsächlicher öffentlicher Verkehr stattfindet. Dazu gehören insbesondere die Fahrbahn, Parkplätze, Seiten- und Randstreifen, Radwege, Gehwege, Durchlässe und Böschungen.
- (2) Gehwege sind die dem öffentlichen Fußgängerverkehr gewidmeten oder ihm tatsächlich zur Verfügung stehenden Flächen ohne Rücksicht auf ihren Ausbauzustand.
- (3) Grün-, Erholungs- und öffentliche Anlagen sind allgemein zugängliche, gärtnerisch gestaltete Anlagen, die der Erholung der

Bevölkerung oder der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes dienen. Zu den Grün- und Erholungsanlagen gehören unter anderem auch Verkehrsgrünanlagen und allgemein zugängliche Kinderspielplätze, Sportplätze, Bolzplätze, Teiche sowie die Ufer und Böschungen von Gewässern.

Abschnitt 2 Umweltschädliches Verhalten

§ 3 Abspritzen und Waschen von Fahrzeugen

Das Abspritzen von Fahrzeugen auf öffentlichen Straßen ist untersagt. Das Waschen ist nur ohne Waschzusätze im Sinne einer Oberwäsche erlaubt, wenn dadurch keine Glatteisbildung oder Verschmutzung auf öffentlichen Straßen verbunden ist. In Grün- und Erholungsanlagen sowie an öffentlichen Gewässern ist das Waschen von Fahrzeugen verboten.

§ 4 Benutzung öffentlicher Brunnen

Öffentliche Brunnen dürfen nur entsprechend ihrer Zweckbestimmung genutzt werden. Es ist verboten, sie zu beschmutzen sowie das Wasser zu verunreinigen.

§ 5 Tierhaltung

- (1) Tiere sind so zu halten und zu beaufsichtigen, dass Menschen, Tiere oder Sachen nicht belästigt oder gefährdet werden.
- (2) Der Tierhalter hat dafür Sorge zu tragen, dass sein Tier, außer Katzen, im öffentlichen Verkehrsraum entsprechend § 2 nicht ohne eine hierfür geeignete Aufsichtsperson frei herumläuft. Im Sinne dieser Vorschrift geeignet ist jede Person, der das Tier, insbesondere auf Zuruf, gehorcht und die zum Führen des Tieres körperlich in der Lage ist. Auf Kinderspielplätzen und auf ausgewiesenen öffentlich zugänglichen Liegewiesen ist das Mitführen von Tieren verboten.
- (3) In entsprechend ausgewiesenen Grün- und Erholungsanlagen sowie allgemein in Fußgängerbereichen und bei größeren Menschenansammlungen muss der Hundeführer den Hund an der Leine führen. Zudem müssen Hunde in größeren Menschenansammlungen einen Maulkorb tragen.
- (4) Der Halter von Raubtieren, Gift- oder Riesenschlangen sowie anderer Tiere, die ebenso wie diese durch Körperkraft, Gift oder Verhalten Personen gefährden können, hat der Ortspolizeibehörde diesen Sachverhalt unverzüglich anzuzeigen.
- (5) § 28 der Straßenverkehrsordnung (StVO), § 121 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (OWiG) sowie des Gesetzes zum Schutze der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden (GefHundG) und der dazu erlassenen Verordnung bleiben unberührt.

§ 6 Verunreinigung durch Tiere

- (1) Den Haltern und Führern von Tieren ist es untersagt, die Flächen i. S. v. § 2 durch ihre Tiere verunreinigen zu lassen.
- (2) Die entgegen Abs. 1 durch Tiere verursachten Verunreinigungen sind von dem jeweiligen Tierführer unverzüglich zu beseitigen.
- (3) Die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) sowie des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsABG) bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 7 Taubenfütterungsverbot

Es ist verboten, im gesamten Gebiet der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. und den Gemeinden Bösenbrunn, Eichigt und Triebel/Vogtl. frei lebende Tauben zu füttern.

Abschnitt 3 Öffentliche Beeinträchtigung

§ 8 Aggressives Betteln, andere öffentliche Beeinträchtigungen

- (1) Auf Flächen im Sinne von § 2 dieser Verordnung ist untersagt,
 - a) aggressiv zu betteln. Aggressives Betteln liegt bei besonders aufdringlichem Betteln vor, z. B. wenn der Bettler dem Passanten den Weg zu verstellen versucht und/oder ihn durch Zupfen oder Festhalten an der Kleidung körperlich berührt, ferner, wenn der Passant beschimpft wird, weil er nichts geben will,



- b) durch aggressives Verhalten, welches durch Alkohol- bzw. Rauschmittelgenuss hervorgerufen ist, z. B. besondere Aufdringlichkeit in Form von wiederholtem Anfassen oder in den Weg stellen, andere mehr als unvermeidbar zu beeinträchtigen,
 - c) die Notdurft zu verrichten.
- (2) Die Vorschriften des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (WHG), des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG), des Gesetzes über das Einleiten von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen (IndEinlG), des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) sowie Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsABG) bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 9 Abbrennen offener Feuer

- (1) Für das Abbrennen von offenen Feuern ist die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erforderlich. Keiner Erlaubnis bedürfen kleine Lagerfeuer, Koch- und Grillfeuer mit trockenem unbehandeltem Holz in befestigten Feuerstätten oder mit handelsüblichen Grillmaterialien (z. B. Grillbrikett) in handelsüblichen Grillgeräten. Die Feuer sind so abzubrennen, dass hierbei keine Belästigung Dritter durch Rauch oder Gerüche entsteht.
- (2) Das Abbrennen ist zu untersagen oder kann mit Auflagen verbunden werden, wenn Umstände bestehen, die ein gefahrloses Abbrennen nicht ermöglichen. Solche Umstände können z. B. extreme Trockenheit, die unmittelbare Nähe des Waldes, die unmittelbare Nähe eines Lagers mit feuergefährlichen Stoffen usw. sein.
- (3) Die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG), Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsABG), der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Entsorgung von pflanzlichen Abfällen (PflanzAbfV), des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG), des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und der dazu erlassenen Verordnungen werden davon nicht berührt.

§ 10 Unerlaubtes Plakatieren, Beschriften, Bemalen

- (1) Auf Flächen gemäß § 2 ist ohne Erlaubnis der Ortspolizeibehörde untersagt, außerhalb von zugelassenen Plakatträgern (Plakatsäulen, Anschlagtafeln usw.) zu plakatieren, andere als dafür zugelassene Flächen insbesondere in Warthäuschen zu beschriften oder zu bemalen. Dies gilt auch für bauliche oder sonstige Anlagen, die von öffentlichen Straßen oder Grün- und Erholungsanlagen einsehbar sind.
- (2) Die Erlaubnis steht im pflichtgemäßen Ermessen der Ortspolizeibehörde. Sie wird auf Zeit oder Widerruf erteilt. Die Erlaubnis kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden. Die Erlaubnis- oder Genehmigungspflicht nach anderen Vorschriften wird durch diese Erlaubnis nicht berührt.

§ 11 Ablagerung von Schüttgut und Schutz der Tageswassereinfläufe

- (1) Als Schüttgut angelieferte Materialien und Brennstoffe (Sand, Kohlen, Koks usw.) sind unverzüglich, spätestens an dem der Anlieferung folgenden Tag aus dem öffentlichen Verkehrsraum zu beseitigen, soweit nicht durch eine Erlaubnis anders geregelt.
- (2) Tageswassereinfläufe in Straßen sind nur für die Ableitung von Oberflächenwasser zugelassen. Es ist verboten, Verunreinigungen, wie Rückstände von Baumaterialien, feste Brennstoffe oder Wasserschadstoffe, einzuleiten.

§ 12 Benutzung von Wertstoffcontainern und sonstigen Abfallbehältern, Verbot von Verunreinigungen

- (1) Sammelbehälter für Glas, metallische Abfälle u. Ä. dürfen Montag bis Samstag, soweit der Tag nicht auf einen Feiertag fällt, von 7:00 bis 19:00 Uhr benutzt werden.
- (2) Es ist untersagt, Abfälle, Wertstoffe oder andere Gegenstände auf oder neben die Wertstoffcontainer zu stellen.
- (3) Es ist nicht gestattet, größere Abfallmengen in die zur allgemeinen Benutzung aufgestellten Abfallbehälter einzubringen. Insbesondere das Einbringen von in Haushalten oder Gewerbebetrieben angefallenen Abfällen ist untersagt.

- (4) Jegliche Verunreinigung öffentlicher Straßen, Gehwege und der Grün- und Erholungsanlagen ist verboten. Unzulässig ist das Wegwerfen und Zurücklassen von Abfall, insbesondere von Lebensmittelresten, Papier, Pappe, Kartonagen, Glas, Blechdosen, Kaugummi, Zigarettenskippen.
- (5) Restmüllbehälter (Müllkübel), Behälter für getrennt zu sammelnde Abfallfraktionen insbesondere für Altpapier, Bioabfall, Leichtverpackungen sowie Sperrmüll dürfen zum Zweck der Leerung bzw. Abholung erst ab 15:00 Uhr am Vortag des Abholtermins auf öffentliche Straßen, Gehwege und Plätze gestellt werden. Die Restmüllbehälter und Behälter für getrennt zu sammelnde Abfallfraktionen sind noch am Tag der Leerung wieder zu entfernen.

Abschnitt 4 Schutz gegen Lärmbelästigung

§ 13 Schutz der Nachtruhe

- (1) Die Nachtruhe umfasst die Zeiten von:

Montag bis Freitag je	von 00:00 Uhr bis 06:00 Uhr
und	von 22:00 Uhr bis 24:00 Uhr,
Samstag	von 00:00 Uhr bis 06:00 Uhr
und	von 23:00 Uhr bis 24:00 Uhr,
Sonntag oder Feiertag	von 00:00 Uhr bis 08:00 Uhr
und	von 22:00 Uhr bis 24:00 Uhr.

An dem Tag, auf den ein Feiertag folgt, entfällt die abendliche Nachtruhe. Alle Handlungen die geeignet sind, die Nachtruhe mehr als nach den Umständen unvermeidbar zu stören, sind zu unterlassen.

- (2) Die Ortspolizeibehörde kann im Einzelfall Ausnahmen vom Verbot des Abs. 1 zulassen, wenn besondere öffentliche Interessen die Durchführung der Maßnahme während der Nacht erfordern.
- (3) Die Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) sowie des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen (SächsSFG) bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 14 Benutzung von Rundfunkgeräten, Lautsprechern, Musikinstrumenten u. Ä.

- (1) Rundfunk- und Fernsehgeräte, Lautsprecher, Tonwiedergabegeräte, Musikinstrumente sowie andere mechanische oder elektroakustische Geräte zur Lauterzeugung dürfen nur so benutzt werden, dass andere nicht unzumutbar belästigt werden. Dies gilt insbesondere, wenn die Geräte oder Instrumente bei offenen Fenstern und Türen, im Freien oder in Kraftfahrzeugen betrieben oder gespielt werden.

- (2) Absatz 1 gilt nicht:

- a) bei Umzügen, Kundgebungen, Märkten, Großveranstaltungen, Messen, Vereins- und ähnlichen Festen im Freien, Konzerten und bei Veranstaltungen, die einem herkömmlichen Brauch entsprechen,
 - b) für amtliche und amtlich genehmigte Durchsagen.
- (3) Die Vorschriften des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen (SächsSFG), Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und der dazu erlassenen Verordnungen bleiben unberührt.

§ 15 Lärm aus Veranstaltungsstätten

- (1) Der Veranstalter hat dafür Sorge zu tragen, dass aus Veranstaltungsstätten oder Versammlungsräumen innerhalb im Zusammenhang bebauter Gebiete oder in der Nähe von Wohngebäuden kein Lärm nach außen dringt, durch den andere unzumutbar belästigt werden. Fenster und Türen sind erforderlichenfalls geschlossen zu halten.
- (2) Gaststätten mit Außenbewirtschaftung sind an die Nachtruhe gemäß § 13 gebunden. Ausnahmen sind im Einzelfall genehmigungspflichtig.



§ 16 Lärm von Sport- und Spielplätzen

- (1) Öffentlich zugängliche Sport- und Kinderspielplätze, die weniger als 50 m von der Wohnbebauung entfernt sind, dürfen nur bis zum Eintritt der Dunkelheit, höchstens aber bis 22:00 Uhr genutzt werden. Im Einzelfall können auf Antrag andere Benutzungszeiten durch die Ortschaftsbehörde festgelegt werden.
- (2) Die Vorschriften des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen (SächsSFG), der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) sowie des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und der dazu erlassenen Verordnungen bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 17 Lärm durch häusliche Arbeiten

- (1) Haus- und Gartenarbeiten, die geeignet sind, die Ruhe anderer zu stören, dürfen in der Zeit von

Montag bis Freitag	von 00:00 Uhr bis 07:00 Uhr von 20:00 Uhr bis 24:00 Uhr
an Samstagen	von 00:00 Uhr bis 08:00 Uhr von 20:00 Uhr bis 24:00 Uhr

nicht ausgeführt werden.

Zu den Haus- und Gartenarbeiten im Sinne dieser Vorschrift gehören insbesondere der Betrieb von Arbeitsgeräten mit Verbrennungsmotoren, Rasenmähern und Motorhämmern, das Sägen, Holzspalten, Hämmern, Bohren, Schleifen, Ausklopfen von Teppichen, Matratzen und Betten.

- (2) An den Sonn- und Feiertagen sind ruhestörende Arbeiten verboten.
- (3) Der Absatz 1 und 2 gilt nicht für Arbeiten im Bereich der Landwirtschaft sowie bei akuten Not- oder Havariefällen. Die Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (32. BImSchV) und des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen (SächsSFG) bleiben unberührt.

§ 18 Böllern und Salutschießen mit Vorderladerwaffen

Außerhalb von Schießstätten ist das Schießen mit Böllern (Böllerkanonnen, Standböller, Handböller, Gasböller) oder das Salutschießen mit Vorderladerwaffen ohne Erlaubnis der Ortschaftsbehörde verboten. Die Erlaubnis ist spätestens zwei Wochen vor dem Ereignis durch den Verantwortlichen zu beantragen.

Abschnitt 5 Schutz der Grün- und Erholungsanlagen

§ 19 Ordnungsvorschriften

- (1) In Grün-, Erholungs- und öffentlichen Anlagen ist es untersagt:

1. Anpflanzungen, Rasenflächen und sonstige Anlagenflächen außerhalb der Wege und Plätze und der besonders freigegebenen entsprechend gekennzeichneten, Flächen zu betreten, Gegenstände, Bauwagen, Fahrzeuge u. Ä. abzustellen oder zu parken,
2. außerhalb der Kinderspielplätze und entsprechend gekennzeichneten Tummel- und Bolzplätzen zu spielen oder sportliche Übungen zu treiben, wenn dadurch die Ruhe Dritter gestört oder Besucher belästigt werden können,
3. Bänke, Schilder, Hinweise, Plastiken, Einfriedungen und andere Einrichtungen zu beschriften, zu bekleben, zu bemalen, zu beschmutzen oder zu entfernen,
4. zu nächtigen,
5. sich außerhalb der freigegebenen Zeiten aufzuhalten, Wegesperren zu beseitigen oder zu verändern oder Einfriedungen und Sperren zu überklettern,
6. Wege, Rasenflächen, Anpflanzungen oder sonstige Anlagenteile zu verändern oder aufzugraben und Feuer zu machen,
7. Pflanzen, Kompost, Erde, Sand oder Steine zu entfernen,
8. Hunde frei umher laufen zu lassen,
9. Hunde auf Kinderspielplätze und Liegewiesen mitzunehmen

10. Öffentliche Brunnen, Wasserbecken und Gewässer entgegen ihrer Zweckbestimmung zu benutzen, sie zu beschmutzen, das Wasser zu verunreinigen, feste oder flüssige Gegenstände in sie einzubringen oder soweit dies nicht ausdrücklich zugelassen ist, darin zu waschen, zu baden sowie Tiere darin baden zu lassen,
 11. außerhalb der freigegebenen und speziell gekennzeichneten Bereiche Eisflächen zu betreten,
 12. Schieß-, Wurf- oder Schleudergeräte zu benutzen sowie außerhalb der dafür gekennzeichneten Stellen zu reiten, Rad zu fahren oder zu zelten,
 13. Parkwege zu befahren und Fahrzeuge abzustellen. Dies gilt nicht für Kinderwagen und fahrbare Krankenfahrstühle sowie für Kinderfahrzeuge, wenn dadurch andere Besucher nicht gefährdet werden.
- (2) Die auf Kinderspielplätzen aufgestellten Turn- und Spielgeräte dürfen nur von Kindern entsprechend der ausgeschilderten Altersstufen benutzt werden.

Abschnitt 6 Anbringen von Hausnummern

§ 20 Hausnummer

- (1) Die Hauseigentümer haben ihre Gebäude, spätestens an dem Tag, an dem sie bezogen werden, mit der von der Stadt-/ Gemeindeverwaltung festgesetzten Hausnummer in arabischen Ziffern zu versehen.
- (2) Die Hausnummern müssen von der Straße aus, in die das Haus einnummeriert ist, gut lesbar sein. Unleserliche Hausnummernschilder sind unverzüglich zu erneuern. Die Hausnummern sind in einer Höhe von nicht mehr als 3 m an der Straße zugekehrten Seite des Gebäudes unmittelbar über oder neben dem Gebäudeeingang oder wenn sich der Gebäudeeingang nicht an der Straßenseite des Gebäudes befindet, an der dem Grundstückszugang nächstgelegenen Gebäudeecke anzubringen. Bei Gebäuden, die von der Straße zurückliegen, können die Hausnummern am Grundstückszugang angebracht werden.
- (3) Die Ortschaftsbehörde kann im Einzelfall etwas anderes bestimmen, soweit dieses im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geboten ist.

Abschnitt 7 Schlussbestimmungen

§ 21 Zulassung von Ausnahmen

Entsteht für den Betroffenen eine nicht zumutbare Härte, so kann die Ortschaftsbehörde Ausnahmen von den Vorschriften dieser Polizeiverordnung zulassen, sofern keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen.

§ 22 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 17 Abs. 1 des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen (SächsPolG) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 3 Fahrzeuge auf öffentlichen Straßen abspritzt, eine Unterbodenwäsche durchführt oder in Grün- und Erholungsanlagen, an öffentlichen Gewässern wäscht oder beim Waschen Glatteis erzeugt,
 2. entgegen § 4 öffentliche Brunnen benutzt, beschmutzt oder verunreinigt,
 3. entgegen § 5 Abs. 1 Tiere so hält oder beaufsichtigt, dass andere Menschen, Tiere oder Sachen belästigt oder gefährdet werden,
 4. entgegen § 5 Abs. 2 nicht dafür sorgt, dass Tiere, außer Katzen, im öffentlichen Verkehrsraum nicht ohne geeignete Aufsichtsperson frei herumlaufen,
 5. entgegen § 5 Abs. 3 nicht dafür sorgt, dass der Hund angeleint ist bzw. einen Maulkorb trägt,
 6. entgegen § 5 Abs. 4 das Halten gefährlicher Tiere der Ortschaftsbehörde nicht unverzüglich anzeigt,
 7. entgegen § 6 Abs. 2 die durch Tiere verursachten Verunreinigungen nicht unverzüglich entfernt,



8. entgegen § 7 Tauben füttert,
9. entgegen § 8 Abs. 1 aggressiv bettelt, durch Alkohol bzw. Rauschmittelgenuss hervorgerufenes Verhalten andere mehr als unvermeidbar beeinträchtigt oder die Notdurft verrichtet,
10. entgegen § 9 Abs. 1 ein Feuer abbrennt, obwohl er dazu keine Erlaubnis besitzt,
11. entgegen § 9 Abs. 2 ein Feuer abbrennt oder die damit verbundenen Auflagen nicht einhält,
12. entgegen § 10 Abs. 1 plakatiert oder nicht dafür zugelassene Flächen insbesondere in Wartehäuschen beschriftet oder bemalt,
13. entgegen § 11 Abs. 1 als Schüttgut angelieferte Materialien nicht fristgerecht aus dem öffentlichen Verkehrsraum entfernt,
14. entgegen § 11 Abs. 2 in Tageswassereinflüsse Verunreinigungen einleitet,
15. entgegen § 12 Abs. 1 Wertstoffe außerhalb der zugelassenen Zeiten in die Wertstoffcontainer einwirft,
16. entgegen § 12 Abs. 2 Abfälle, Wertstoffe oder andere Gegenstände auf oder neben die Wertstoffcontainer stellt,
17. entgegen § 12 Abs. 3 größere Abfallmengen oder Abfälle, die in Haushalten oder Gewerbebetrieben anfallen, in die zur allgemeinen Benutzung aufgestellten Abfallbehälter einbringt,
18. entgegen § 12 Abs. 4 Abfall insbesondere Lebensmittelreste, Papier, Pappe, Kartonagen, Glas, Blechdosen, Kaugummi, Zigarettenskippen auf öffentlichen Straßen, Gehwegen und in Grün- und Erholungsanlagen wegwirft und zurücklässt,
19. entgegen § 12 Abs. 5 Restmüllbehälter (Müllkübel) und Behälter für getrennt zu sammelnde Abfallfraktionen insbesondere für Altpapier, Bioabfall, Leichtverpackungen sowie Sperrmüll zum Zwecke der Leerung bzw. Abholung außerhalb der zugelassenen Zeiten auf öffentliche Straßen, Gehwege und Plätze abstellt,
20. entgegen § 13 Abs. 1 ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 13 Abs. 2 zu besitzen, die Nachtruhe anderer mehr als unvermeidbar stört,
21. entgegen § 14 Abs. 1 Rundfunkgeräte, Lautsprecher, Musikinstrumente oder ähnliche Geräte so benutzt, dass andere unzumutbar belästigt werden,
22. entgegen § 15 Abs. 1 aus Veranstaltungsstätten oder Versammlungsräumen Lärm nach außen dringen lässt, durch den andere unzumutbar belästigt werden,
23. entgegen § 16 Abs. 1 Sport- oder Spielstätten benutzt,
24. entgegen § 17 Abs. 1 und 2 Haus- oder Gartenarbeiten, die die Ruhe anderer stören, außerhalb der zugelassenen Zeiten ausführt,
25. entgegen § 18 Böller und Salut aus Vorderladerwaffen schießt,
26. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 1 Anpflanzungen, Rasenflächen und sonstige Anlagenflächen betritt oder Gegenstände, Bauwagen, Fahrzeuge u. Ä. abstellt oder parkt,
27. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 2 außerhalb der Kinderspielplätze und der entsprechend gekennzeichneten Tummel- und Bolzplätze spielt oder sportliche Übungen betreibt,
28. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 3 Bänke, Schilder, Hinweise, Plastiken, Einfriedungen und andere Einrichtungen beschriftet, beklebt, beschmutzt oder entfernt, soweit nicht der Tatbestand der Sachbeschädigung verwirklicht ist,
29. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 4 in den Grün- und Erholungsanlagen nächtigt,
30. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 5 sich außerhalb der freigegebenen Zeiten in den Grün- und Erholungsanlagen aufhält, Wegsperrern beseitigt oder verändert oder Einfriedungen und Sperrern überklettert,
31. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 6 Wege, Rasenflächen, Anpflanzungen oder sonstige Anlagenteile verändert, aufgräbt oder Feuer macht,
32. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 7 Pflanzen, Laub, Kompost, Erde, Sand oder Steine entfernt,
33. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 8 Hunde frei umherlaufen lässt,
34. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 9 Hunde auf Kinderspielplätze und Liegewiesen mitnimmt,

35. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 10 Brunnen, Wasserbecken und Gewässer nicht entsprechend nutzt, sie beschmutzt, Wasser verunreinigt, feste oder flüssige Gegenstände einbringt, wäscht, badet oder Tiere darin baden lässt,
 36. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 11 Eisflächen außerhalb der freigegebenen und speziell gekennzeichneten Bereiche betritt,
 37. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 12 Schieß-, Wurf- oder Schleudergeräte benutzt sowie außerhalb der dafür gekennzeichneten Stellen reitet, zeltet oder Rad fährt,
 38. entgegen § 19 Abs. 1 Nr. 13 Parkwege befährt oder Fahrzeuge abstellt,
 39. entgegen § 19 Abs. 2 Turn- und Spielgeräte benutzt,
 40. entgegen § 20 Abs. 1 als Hauseigentümer die Gebäude nicht mit den festgesetzten Hausnummern versieht,
 41. entgegen § 20 Abs. 2 unleserliche Hausnummernschilder nicht unverzüglich erneuert oder Hausnummern nicht entsprechend § 20 Abs. 2 anbringt,
- (2) Absatz 1 gilt nicht, soweit eine Ausnahme nach § 21 zugelassen worden ist.
- (3) Ordnungswidrigkeiten können nach § 17 Abs. 2 Polizeigesetz des Freistaates Sachsen (SächsPolG) und § 17 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) mit einer Geldbuße von mindestens fünf Euro und höchstens eintausend Euro, bei fahrlässiger Zuwiderhandlung mit höchstens fünfhundert Euro geahndet werden.

§ 23 Inkrafttreten

- (1) Diese Polizeiverordnung tritt am 01. Januar 2013 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Polizeiverordnung vom 13. März 2003 außer Kraft.

Oelsnitz/Vogtl. den, 28.11.2012



Mario Horn
Oberbürgermeister



§ 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

